



Europa farà da sé ? Betrachten zur Schuldenkrise Italiens.



Autor : Sébastien Richard

Die Situation in Italien hat eine neue Form der Krise inmitten der Eurozone offenbart. Die Regierung von Mario Monti scheint einen Monat nach ihrer Nominierung entschlossen, die notwendigen Reformen anzugehen, wobei die Eurozone bereit war, alles zu tun, um dem Vertrauensverlust in die Fähigkeiten Italiens entgegen zu treten. In dieser Ausgabe der "Fragen Europas" ("Question d'Europe") von Sébastien Richard analysiert der Autor die italienische Schuldenkrise und die Lage Italiens, das sich in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation befindet, aber weniger angeschlagen ist, als es zum Teil den Anschein hat. Der Autor betont die Rolle der Politik, die zum finanziellen Niedergang führte. Italien litt während der Regierungszeit Silvio Berlusconis unter einem Vertrauensverlust. Mit der Amtsübernahme durch Mario Monti scheint Italien nunmehr entschlossen, auf die Forderungen der Europäischen Union und des Internationalen Währungsfonds einzugehen. Sébastien Richard erläutert die von der Europäischen Union vorgeschlagenen Lösungswege für einen möglichen Ausweg aus der italienischen Schuldenkrise.

[Fortsetzung](#)

Neuigkeiten : EVP **Wahlen** : Kroatien - Slowenien - Russland **Finanzkrise** : Banken - Wirtschaft/Finanzen - Eurogruppe - Zypern - Spanien - Frankreich - Italien - Portugal - Großbritannien **Kommission** : Staatliche Beihilfen - Forschung - Flughäfen - Galileo - Asyl **Parlament** : Haushalt 2012 - Kroatien - EZB - Europäisches Semester **Rat der Europäischen Union** : Diplomatie - Bildung - Beschäftigung **Diplomatie** : EU-USA - Serbien/Kosovo **Deutschland** : EIB - Rede Angela Merkel **Belgien** : Regierung **Bulgarien** : Regierung **Frankreich** : Rede / Nicolas Sarkozy - Sicherheit **Italien** : Regierung **Litauen** : Moldawien **Polen** : EU - Wachstum **OSZE** : Russland **UNO** : Griechenland/Mazedonien **Eurostat** : Inflation - Arbeitslosigkeit **Eurobarometer** : Soziales **Berichte / Studien** : Korruption - Windenergie **Kultur** : Ausstellung/Casanova - Festival/Wien - Ausstellung / Italien - Kino

Neuigkeiten :

Studientage der EVP-Gruppe



Die Studientage der Europäischen Volkspartei (EVP) werden am 7. und 8. Dezember in Marseille stattfinden zu dem Thema "Die Verteidigung unserer Bürger, unserer Wirtschaft und unserer Werte. Die Antwort ist mehr Europa." Der Präsident der Robert Schuman Stiftung, Jean-Dominique Giuliani, wird am 7. Dezember an der Diskussionsrunde zum Thema "Begleitung des Arabischen Frühlings durch Wiederherstellung des Vertrauens" teilnehmen. Am folgenden Tag wird Jean-Dominique Giuliani an einem Seminar der "European Democrat Students" (EDS) zum Platz Europas in der Welt teilnehmen... [Fortsetzung](#)

Wahlen :

Politikwechsel in Kroatien



Bei den zurück liegenden Parlamentswahlen in Kroatien gewann die Koalition Kukuriku, bestehend aus der Sozialdemokratischen Partei (SDP), die von Zoran Milanovic geführt wird, und Istrischen Demokratischen Partei (IDS), der Kroatischen Volkspartei - liberale Demokraten (HNS) und aus der Rentnerpartei (HSU) mit insgesamt 44,5% der Stimmen und 80 Sitzen (+13 im Vergleich zur letzten Abstimmung am 25. November 2007). Die Koalition liegt vor der Demokratischen Union (HDZ) der scheidenden Premierministerin Jadranka Kosor, die auf 22,1% der Stimmen kam und damit auf 47 Sitze (-19). Die Demokratische Allianz Sloweniens und Baranja (HDSSB) konnte 6 Sitze gewinnen, ebenso auf 6 Sitze kommt die kroatische Arbeiterpartei (HL-SR). Die Unabhängige Liste, die von Ivan Grubisic geführt wird, konnte zwei Mandate gewinnen. Die Bauernpartei (HSS) kommt auf 1 Sitz, ebenso die Rechtspartei (HSP). Die Wahlbeteiligung betrug 56,6% (-3,1% im Vergleich zu 2007)... [Fortsetzung](#)

Die neue Partei "Positives Slowenien" gewinnt die Parlamentswahlen



Die Parlamentswahlen Sloweniens endeten mit einer Überraschung, da die Partei "Positives Slowenien" von Zoran Jankovic mit 28,54% der Stimmen und 28 Sitzen die Wahlen gewann. Die neue Partei "Positives Slowenien" liegt damit vor der Demokratischen Partei (SDS) von Janez Jansa, die auf 26,25% und 26 Sitze kommt (-2 im Vergleich zu den letzten Wahlen am 21. September 2008). Darauf folgen die Sozialdemokratische Partei (SD) des Premierministers Borut Pahor mit 10,5% der Stimmen und 10 Sitzen (-19), die Liste der Bürger - Gregor Virant mit 8,42% und 8 Sitzen, die demokratische Rentnerpartei (DeSUS) mit 6,97% und 6 Sitzen (-1), die Volkspartei (SLS) mit 6,9% und 6 Sitzen (+1). Die Partei "Neues Slowenien - Christliche Volkspartei (NSi-KLS) zieht mit 4,79% der Stimmen und 4 Sitzen wieder ins Parlament ein. Im Gegenzu scheiden die Nationale Partei (SNS), die Partei Zares (Réel, Z) und die Liberaldemokratische Partei (LDS) aus dem Parlament aus. Die Wahlbeteiligung betrug 64,69% und liegt damit 1,59 Prozentpunkte niedriger als im Jahr 2008... [Fortsetzung](#)

Stimmenverlust der Partei von Vladimir Putin in Russland



Die Regierungspartei "Vereinigtes Russland" (ER) hat erwartungsgemäß am 4. Dezember die Parlamentswahlen gewonnen mit 49,54% der Stimmen und 238 Sitzen in der Duma, dem Unterhaus des Parlaments (-77 im Vergleich zur letzten Wahl am 2. Dezember 2007). "Vereintes Russland" liegt vor der Kommunistischen Partei (KPRF) unter der Führung von Guennadi Ziouganov, die 19,2% der Stimmen auf sich vereinigen konnte (92 Sitze, +35), danach folgen Gerechtes Russland (SR) von Nikolai Levichev mit 13,20% der Stimmen (64 Sitze, +26) und die liberaldemokratische Partei (LDPR) unter der Führung von Vladmir Jirinowski mit 11,40% der Stimmen (56 Sitze, +16). Die Wahlbeteiligung lag etwas niedriger als bei den letzten Wahlen am 2. Dezember 2007. Sie betrug 60,2% und lag damit um 3,51 Prozentpunkte hinter 2007 zurück... [Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

Koordinierte Maßnahmen der Zentralbanken



Am 30. November kündigte die Europäische Zentralbank (EZB) ein gemeinsames Vorgehen mit mehreren anderen Zentralbanken an, um gemeinsam gegen die Auswirkungen der Krise vorzugehen. Diese koordinierten Maßnahmen der Zentralbank Kanadas, Großbritanniens, Japans, der Schweiz, der Federal Reserve und der EZB dienen der Erhöhung der Liquidität des globalen Finanzsystems. Die Einigung wurde für den Zeitraum bis Februar 2013 getroffen; sie ermöglicht den Zentralbanken gleichzeitig leichtere gegenseitige Hilfsmaßnahmen. Die gemeinsamen Maßnahmen dürften zu einer leichteren Kreditgewährung für private Haushalte und Unternehmen führen und so zum Aufschwung beitragen... [Fortsetzung](#)

Wirtschaft/Finanzen



Am 30. November verabschiedeten die 27 Wirtschafts- und Finanzminister der Union den Haushalt für 2012. Der Gesamtumfang beträgt 129,088 Milliarden Euro, im Vergleich zum Haushalt 2011 gibt es eine Erhöhung um 1,86%. Die Minister sprachen sich einstimmig für die Ernennung des Franzosen Benoît Coeuré zum neuen Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank aus, wo er den Italiener Lorenzo Bini Smaghi ersetzen wird. Die Minister riefen sämtliche Institutionen dazu auf, in ihrer Politik der Haushaltskontrolle fortzufahren. Bezüglich Irland wurde eine Änderung der Auszahlungsmodalitäten beschlossen. Ferner einigten sich die Minister auf die Umsetzung der Empfehlungen eines "Euro plus"-Berichts, die zu einer Annäherung der nationalen Steuerpolitiken führen soll. Der Bericht nennt 4 Prioritäten: Die Vorbeugung gegenüber schädlichen Praktiken, Kampf gegen die Steuerflucht und gegen Steuerhinterziehung, Austausch von besten Praktiken und internationale Zusammenarbeit... [Fortsetzung](#)

Eurogruppe



Am 29. November entschieden sich die 17 Finanzminister der Eurozone auf einer Versammlung der Eurogruppe unter dem Vorsitz von Jean-Claude Juncker zur Auszahlung der 4. und 6. Hilfszahlungstranche an Irland und Griechenland. Darüber hinaus wurden Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung der Krise besprochen. Die Eurogruppe stimmte der Einführung zweier neuer Hebel für den Stabilisierungsfonds zu, sie begrüßte die Vorschläge der Europäischen Kommission zur weiteren Integration der Finanz- und Haushaltsregierung... [Fortsetzung](#)

Sparmaßnahmen für Zypern



Die Regierung und die Opposition Zyperns einigten sich am 2. Dezember auf weitere Sparmaßnahmen, die auch die Anhebung von Steuern und das Einfrieren von Beamtengehältern vorsehen, wie der Regierungssprecher Stefanos Stefanou mitteilte. Ferner gab er bekannt, dass die Regierung 200 Millionen Euro zusätzlich einsparen wolle durch eine Deckelung von Familienzahlungen und die Deckelung von Stipendien je nach Einkommenshöhe, darüber hinaus soll die Steuerflucht verstärkt bekämpft werden. Einkommen, die höher als 2.500 Euro liegen, sollen mit höheren Steuern belegt werden zwischen 15% und 17%, unabhängig davon, ob es Einkommen aus dem öffentlichen Dienst oder aus dem Privatsektor sind oder ob es sich um Selbständige handelt... [Fortsetzung](#)

Spanien/Arbeitslosigkeit



Der Arbeitsminister Spaniens veröffentlichte am 2. Dezember die aktuellen Arbeitslosenzahlen für November. Im Laufe des Monats stieg die Zahl der Arbeitslosen um 59 536 Personen und damit um 1,37% an. Insgesamt stieg die Arbeitslosenzahl in Spanien im November somit auf 4,420 Millionen an, neuer Rekord seit 1996... [Fortsetzung](#)

Frankreich/Arbeitslosigkeit

Am 1. Dezember veröffentlichte das französische Statistikinstitut INSEE die Arbeitslosenzahlen für das 3. Quartal, die sich für das metropolitane Frankreich auf 9,3% belaufen (2,6 Millionen Arbeitslose); und auf



9,7% gemäß BIT (bureau international du travail) für ganz Frankreich (inklusive DOM). Am 28. November veröffentlichte der Minister für Arbeit, Beschäftigung und Gesundheit die Arbeitslosenzahlen für den Monat Oktober: Im Vergleich zum Vormonat stieg die Arbeitslosenzahl um 1,2% an und um 4,9% bezogen auf ein Jahr. Insgesamt gibt es aktuell 2 814 900 Arbeitslose... [Fortsetzung](#)

Italien: Verschärfter Sparplan



Die Italienische Regierung stimmte am 4. Dezember einem Aktionsplan zu, der Italien im Kampf gegen die Folge der Krise nach vorne bringen soll. Der Sparplan hat einen Umfang von 20 Milliarden Euro und enthält 10 Milliarden Euro zusätzlich für die Finanzierung von Maßnahmen zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung; darüber hinaus ist eine Anhebung des Renteneintrittsalters auf 66 Jahre ab dem Jahr 2018 im Privatsektor vorgesehen und eine Anhebung der Mehrwertsteuer um 2 Prozent ab September 2012. Eine Anhebung der Immobiliensteuer und der Luxussteuer sind ebenso geplant. Nach der Annahme des Sparplans teilte der Regierungschef Mario Monti mit, dass er auf sein Gehalt als Präsident des Ministerrates und als Wirtschaftsminister verzichten wird. Der Gesetzentwurf wird dem italienischen Parlament am 5. Dezember vorgelegt werden... [Fortsetzung](#)

Portugiesisches Parlament entscheidet über Haushalt 2012



Am 30. November verabschiedete das Parlament Portugals endgültig den Haushalt 2012. Der Haushalt sieht drastische Sparmaßnahmen vor mit Reformen zur Eindämmung des Defizits, das für 2010 9,8% des BIP beträgt und im Jahr 2012 lediglich 4,5% des BIP betragen soll. Die Sparmaßnahmen treffen in erster Linie Beamte und Rentner, mit einer Streichung des 13. und 14. Monatsgehalts. Im Privatsektor wird die tägliche Arbeitszeit um eine halbe Stunde angehoben; ebenso ist eine Anhebung der Mehrwertsteuer auf verschiedene Produkte vorgesehen, vor allem im Gaststättengewerbe, wo die Mehrwertsteuer von 13% auf 23% steigen soll... [Fortsetzung](#)

Großbritannien



Am 29. November kündigte der Schatzkanzler George Osborne während seiner Herbstrede vor dem Parlament Maßnahmen zum Schutz Großbritanniens vor der weltweiten Instabilität an. Die Maßnahmen sollen den wirtschaftlichen Aufschwung beschleunigen, hierfür sollen 30 Milliarden Pfund in Infrastruktur investiert werden; mit Hilfe eines Systems von Staatsanleihen sollen 21 Milliarden Pfund an Krediten zur Verfügung gestellt werden, in erster Linie für kleine Unternehmen, die keinen leichten Zugang zum Kapitalmarkt haben. Im Jahr 2010 lagen die Wachstumsvorhersagen der Regierung bei 0,3% des BIP bis 2015; nunmehr wird für diesen Zeitraum von einem Defizit in Höhe von 1,6% ausgegangen... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Staatliche Beihilfen



Am 1. Dezember veröffentlichte die Europäische Kommission neue Kriterien für die Anwendung der Vorschriften für staatliche Beihilfen auf Maßnahmen zur Unterstützung von Banken im Kontext der Finanzkrise. Die Regelungen der Kommission sind darauf ausgerichtet, einen finanziellen Ausgleich für die Staaten für ihre Unterstützungsleistungen zu erreichen; dies soll durch eine verstärkte Eigenverantwortung der Banken erreicht werden: die Zahlungen sollen je nach Risikohöhe der Bank festgelegt werden und nicht entsprechend des Risikos der Branche oder des Landes. Die Kommission kündigte an, so schnell wie möglich alle an sie gerichteten Bitten um Zustimmung zur finanziellen Unterstützung positiv zu bescheiden, unter der Bedingung, dass die Unterstützung den geltenden Regeln entspricht... [Fortsetzung](#)

Investitionen in Forschung und Innovation



Am 30. November stellte die Europäische Kommission ihr Programm "Horizont 2020" vor, das der Finanzierung verschiedener Projekte aus den Bereichen Forschung und Innovation für den Zeitraum 2014-2020 dient. Es stehen Mittel in Höhe von 80 Milliarden Euro zur Verfügung, die zur Unterstützung vielversprechender neuer Technologien eingesetzt werden können, wie auch zur Unterstützung europäischer Wissenschaftler. Eines der Ziele von Horizont 2020 ist die Stärkung von Wachstum und Beschäftigung durch die Konzentration auf Projekte, die hohen Mehrwert versprechen... [Fortsetzung](#)

Maßnahmen zur Verbesserung der Flughäfen



Die Europäische Kommission präsentierte am 1. Dezember ein Maßnahmenpaket zur Erhöhung der Kapazitäten der Europäischen Flughäfen. Die Flughäfen werden jährlich von 800 Millionen Passagieren genutzt, was einem Drittel der weltweiten Passagierzahlen entspricht. In den letzten 20 Jahren hat sich das Passagieraufkommen um das dreifache erhöht, so dass Maßnahmen zur Bewältigung dieses Aufkommens ergriffen werden müssen. Die drei Hauptlegislativmaßnahmen betreffen Zeitnischen, Bodenabfertigung und Fluglärm... [Fortsetzung](#)

Neuer Fortschritt für das Navigationssystem Galileo



Am 30. November machte die Europäische Kommission einen neuen Vorschlag zur Reform der Finanzierung und Leitung der zwei Raumfahrtprogramme der Europäischen Union, Galileo und EGNOS. Für den Zeitraum 2014-2020 schlägt die Kommission eine zusätzliche Zahlung in Höhe von 7 Milliarden Euro vor. Sie betonte, dass unbedingt die Verantwortungsbereiche zwischen der Europäischen Agentur GNSS, die von der Union abhängig ist, und der völlig unabhängigen Europäischen Raumfahrtagentur geklärt werden müssten... [Fortsetzung](#)

Neue Maßnahmen zur Gewährung von Asyl



Am 2. Dezember veröffentlichte die Europäische Kommission einen Text, in dem sie auf die Notwendigkeit der Solidarität zwischen den 27 Mitgliedsländern der Union hinweist in Bezug auf die Asylproblematik und auf einen stärkeren Schutz für Asylsuchende. Vier Prioritäten werden betont: Die Aufwertung der Rolle des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen, zum Beispiel durch eine Entsendung von Beamten unterschiedlicher Länder in die Länder, die den dringendsten Bedarf haben; eine Aufstockung und flexiblere Verwendung der bereit gestellten Mittel; die Einführung eines Bewertungs- und Frühwarnmechanismus und die leichtere Umsiedlung betroffener Personen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten... [Fortsetzung](#)

Parlament :

Haushalt 2012 verabschiedet



Am 1. Dezember hat das Europäische Parlament dem Haushaltsentwurf der Europäischen Union für 2012 zugestimmt, entsprechend der Einigung vom 18. November. Der Haushalt für kommendes Jahr hat insgesamt einen Umfang von 129,1 Milliarden Euro (+1,86%) für Zahlungsermächtigungen und 147,2 Milliarden Euro (+3,8%) für Verpflichtungsermächtigungen. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments, Alain Lamassoure (EVP, Frankreich), der der Parlamentsdelegation im Vermittlungsausschuss vorstand, erklärte: "In Zeiten der Krise ist es uns gelungen, die Kosten zu senken und gleichzeitig Wachstum und Wettbewerb sicher zu stellen"... [Fortsetzung](#)

Grünes Licht für den Beitritt Kroatiens zur Europäischen Union



Am 1. Dezember stimmten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments mit überwältigender Mehrheit für den Beitrittsvertrag Kroatiens zur Europäischen Union. Für den Vertrag stimmten 564 Abgeordnete, bei 38 Nein-Stimmen und 32 Enthaltungen. Die

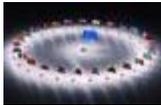
kroatischen Entscheidungsträger wurden aufgerufen, ihre Bemühungen vor allem in den Bereichen Justizreform und Korruptionsbekämpfung fortzuführen, wie auch im Kampf gegen die organisierte Kriminalität. Die entscheidende Vertragsunterzeichnung wird am 9. Dezember stattfinden, der Beitritt wird zum 1. Juli 2013 rechtsgültig, nach der Ratifizierung durch Kroatien und durch die 27 Mitgliedstaaten der Union. Kroatien wird in der Folge das 28. Mitgliedsland der Europäischen Union werden... [Fortsetzung](#)

Jahresbericht der EZB angenommen



Am 1. Dezember stellte Mario Draghi den Jahresbericht der Europäischen Zentralbank vor, der die währungsrelevanten Entscheidungen der Jahre 2010 und 2011 erläutert. Draghi betonte, dass die Hauptaufgabe der EZB der Kampf gegen die Inflation sei, wobei als Mittel eine Festlegung der Zinsen wie auch unkonventionelle Maßnahmen zur Verfügung stünden. Draghi betonte darüber hinaus, dass die Hauptursachen der Krise in den unausgeglichenen Haushalten einiger Mitgliedstaaten lägen, wie auch bei einigen Banken der Eurozone. Er begrüßte die Union zu den Bemühungen, eine bessere Wirtschaftsregierung herzustellen und forderte gleichzeitig eine weitere Integration der Finanzpolitik. Die Abgeordneten der Europäischen Union würdigten den Bericht und begrüßten die Rolle der Europäischen Zentralbank im Kampf gegen die Inflation, gleichzeitig äußerten sie ihre Bedenken, dass eine Erhöhung der Zinsen dem Aufschwung schaden könne; sie forderten ferner eine stärkere Koordination im Steuerbereich... [Fortsetzung](#)

Europäisches Semester



Die Europäischen Abgeordneten stimmten für die Empfehlungen eines Berichts von Pervenche Berès (S&D, Frankreich) zum Thema Europäisches Semester, der eine gesteigerte Überwachung der nationalen Haushalte durch Brüssel vorsieht. In dem Bericht wird gefordert, dass das Europäische Parlament in Zukunft gemeinsam mit dem Ministerrat die großen Linien der Wirtschaftspolitik der Union festlegen kann, die jährlich von den 27 Mitgliedsländern bestimmt werden. Der Bericht empfiehlt ferner eine Stärkung des Dialogs zwischen den nationalen Parlamenten und den Sozialpartnern... [Fortsetzung](#)

Rat der Europäischen Union :

Verteidigung und Diplomatie



Die 27 Verteidigungsminister der Union trafen sich am 30. November, um die verschiedenen laufenden Militäroperationen zu besprechen, um die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und den beteiligten internationalen Organisationen zu besprechen, insbesondere UNO und NATO. Die Minister baten die Ständigen Vertreter, eine Veränderung der Athena Mechanismen vorzubereiten bezüglich der Finanzierung der Operationen. Für das Jahr 2012 einigte man sich auf ein Budget für die Europäische Verteidigungsagentur in Höhe von 30,5 Millionen Euro. Die 27 Verteidigungsminister der Union verurteilten Iran wegen seines Nuklearprogramms und wegen der Angriffe auf Gebäude der Britischen Botschaft. Finanzmittel wurden eingefroren, ebenso wurde ein Visaverbot erlassen für 143 iranische Organisationen und 37 Personen. Man einigte sich auf neue Sanktionen gegen das iranische Regime. Am Treffen der Minister nahm auch Nabil El Araby teil, Generalsekretär der Arabischen Liga, um eine gemeinsame Antwort auf den Arabischen Frühling zu finden und um Fortschritte im Friedensprozess zwischen Israel und Palästina zu besprechen... [Fortsetzung](#)

Bildung, Jugend, Kultur und Sport



Am 28. November verabschiedeten die 27 zuständigen Minister für Bildung, Jugend, Kultur und Sport eine Resolution bezüglich der Erwachsenenbildung, ferner wurden Entscheidungen zur Förderung der Mobilität von Studierenden getroffen. Darüber hinaus stimmten die Minister für vier neue Finanzregeln bezüglich des Austauschs mit Drittstaaten im Bildungsbereich, in der Entwicklungszusammenarbeit und in der Verbreitung von Demokratie und Menschenrechten. Die Minister unterstrichen die Bedeutung der Investition in Bildung, Ausbildung und in den Erwerb von Kompetenzen, auch auf

Beschäftigung und soziale Angelegenheiten



Am 1. und 2. Dezember einigten sich die 27 zuständigen Minister der Union für Arbeit und Soziales auf einen gemeinsamen Ansatz in Richtung einer Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme. Die Anhänge, die diskutiert werden, betreffen in erster Linie die grenzüberschreitend Beschäftigten, da diese aufgrund der unterschiedlichen Gesetzeslage die größten Probleme haben. Mangels qualifizierter Mehrheit konnten sich die Minister nicht auf eine Verlängerung der Ausnahmen bezüglich des Anpassungsfonds an die Globalisierung einigen... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

EU-USA-Gipfel



Am 28. November empfing Barack Obama den Ratspräsidenten der Europäischen Union Herman Van Rompuy und den Präsidenten der Europäischen Kommission José Manuel Barroso. Der amerikanische Präsident zeigte sich besorgt über die Auswirkungen der Schuldenkrise der Eurozone auf die amerikanische Wirtschaft; er forderte die Europäische Union zu "Stärke und Entschlossenheit" auf, um eine Lösung zu finden. Die Europäische Union forderte die USA ihrerseits dazu auf, ihr Haushaltsdefizit zu reduzieren. Das Gipfeltreffen diente auch zum Austausch über die Situation im Mittleren Osten. Catherine Ashton und Hillary Clinton kündigten in einer gemeinsamen Mitteilung an, dass sie entschieden gegen Damaskus vorgehen werden. Sie riefen zum sofortigen Ende der Gewalt auf. Die USA und die Europäische Kommission teilten ferner mit, dass sie "beide stark beunruhigt sind angesichts der Handlungen Irans, die im Zusammenhang mit möglichen militärischen Aspekten des iranischen Atomprogramms stehen". Sie betonten ihre "Entschlossenheit, alles zu tun, damit Iran seinen Verpflichtungen nachkommt"... [Fortsetzung](#)

Serbien/Kosovo



Der serbische Unterhändler Borislav Stefanovic forderte die Serben aus dem Norden des Kosovo auf, die Brüsseler Einigung zwischen Belgrad und Pristina über die gemeinsame Grenzkontrolle zu akzeptieren. "Es ist Zeit einzusehen, dass diese Einigung in Anbetracht der Umstände die bestmögliche ist, sie bedeutet keine Anerkennung des Kosovo und es wäre gut, wenn die Bürger des Nordkosovo mit ihrem Land (Serbien) übereinstimmen würden in diesem Moment", erklärte Stefanovic auf einer Pressekonferenz in Belgrad. "Auf den Schultern der serbischen Entscheidungsträger im Norden des Kosovo lastet eine große Verantwortung, sie sollten das Problem auf rationalem Weg und mit Weisheit lösen", sagte Stefanovic. Er fügte hinzu, dass er hoffe, dass Belgrad zu einer einheitlichen Position mit den Serben des Kosovo in dieser Frage finden wird... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Werner Hoyer neuer Präsident der EIB



Am 30. November einigten sich die Europäischen Finanzminister auf die Nominierung Werner Hoyers zum neuen Präsidenten der Europäischen Investitionsbank (EIB). Werner Hoyer ist aktuell Staatsminister im Auswärtigen Amt und dort unter anderem zuständig für Europa. Er wird Nachfolger des Belgiers Philippe Maystadt, der seit dem Jahr 2000 Präsident der EIB ist... [Fortsetzung](#)

Angela Merkel fordert eine Fiskalunion zur Überwindung der Krise



Am 2. Dezember hielt die Bundeskanzlerin Angela Merkel vor den Abgeordneten des Bundestags eine Rede, in der sie ihre Position erläuterte, die sie auf dem Treffen des Europäischen Rates am kommenden 8. und 9. Dezember verteidigen wird. Sie betonte die Wichtigkeit einer Reform der Währungsunion. Zur Lösung der Krise sei es unabdingbar, diese in eine Fiskalunion umzuwandeln. Nach den Worten der

Bundeskanzlerin befindet sich Europa "auf dem Weg zur Fiskalunion". "Die Regeln müssen eingehalten werden", betonte die Kanzlerin. Sie erläuterte nochmals, dass die Europäischen Verträge geändert werden müssten, um die notwendige Haushaltsdisziplin in den Verträgen festzuschreiben. Sie erklärte, dass die Einführung sogenannter "Eurobonds" nicht die richtige Antwort auf die aktuelle Krise sei. Nach Meinung der Kanzlerin könne an diese Lösung erst gedacht werden, wenn der europäische Integrationsprozess weiter voran geschritten sei... [Fortsetzung](#)

Belgien :

Ende der politischen Krise in Belgien



In Belgien zeichnet sich die Bildung einer neuen Regierung innerhalb der nächsten Stunden ab, so dass sich die politische Krise, die seit über 500 Tagen andauert, ihrem Ende zuneigt. Am Abend des 1. Dezember einigten sich die 6 flämischen und frankophonen Parteien unter dem mit der Regierungsbildung beauftragten Elio di Rupo auf eine neue Regierung. Das 185 Seiten umfassende Dokument wurde von den Vertretern der Parteien PS, SP.A, MR, Open VLD, CD&V und CDH angenommen, die die neue Regierung bilden werden. Diese wird als nächstes dem König vorgestellt. Nach der Ernennung der Minister werden diese ihren Amtseid vor dem König leisten... [Fortsetzung](#)

Bulgarien :

Neuer Justizminister



Der Premierminister Bulgariens Boiko Borissov ernannte am 30. November Diana Kovatcheva, Generaldirektorin von Transparency International in Bulgarien, zur neuen Justizministerin des Landes. Sie folgt damit auf Margarita Popova, die am 30. Oktober zur Vizepräsidentin gewählt wurde, an der Seite des Präsidenten der Republik Rossen Plevneliev... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Europa ist unabdingbar



Am 1. Dezember hielt Nicolas Sarkozy eine Rede zu den Auswirkungen der Krise und zu den Lehren, die Frankreich und Europa aus der Krise ziehen müssen. Er betonte, dass "Europa eine Notwendigkeit ist, aber es muss überdacht und neu gestaltet werden", dies in erster Linie durch einen neuen Vertrag, der "eine wirkliche Regierung der Eurozone" vorsieht mit "mehr Disziplin, mehr Solidarität, mehr Verantwortung". Was die Abstimmung auf europäischer Ebene angeht, sprach sich Sarkozy für "zwischenstaatliche" Entscheidungen aus und für "mehr Entscheidungen, die mit qualifizierter Mehrheit" getroffen werden. Bezüglich der Europäischen Zentralbank betonte Sarkozy deren Unabhängigkeit. Er zeigte sich "überzeugt", dass die EZB "handeln" wird, um gegen die Schuldenkrise vorzugehen. Er sprach sich darüber hinaus für eine Überarbeitung des Schengenabkommens aus, das die Bewegungsfreiheit der Bürger im Inneren Europas regelt... [Fortsetzung](#)

Schengen, Kriminalität und Asyl



Am 1. Dezember diskutierten die Innenminister der G6 (Frankreich, Deutschland, Spanien, Italien, Polen, Großbritannien) folgende Themen: Schengener Abkommen, Asyl und Kriminalität. Sie erklärten, dass "bezüglich der Entscheidungen zu Schengen eine engere politische Absprache notwendig" sei; die Minister möchten die Möglichkeit aufrecht erhalten, "Grenzkontrollen aus Gründen der Öffentlichen Ordnung" durchführen zu können. Bezüglich des Asylthemas stellten die Minister fest, dass "das Ziel einer gemeinsamen Politik im Jahr 2012 bekräftigt wird und dass der Abschluss der Arbeiten unter der Dänischen Präsidentschaft erfolgen wird, das heißt im ersten Halbjahr". Im Hinblick auf den Kampf gegen organisierte Kriminalität, die "hauptsächlich aus Zentral- und Osteuropa kommt", sprachen sich die Minister für eine "Stärkung der vorhandenen Institutionen auf europäischer Ebene [aus, wie] Europol und Eurojust"... [Fortsetzung](#)

Italien :

Mario Monti vervollständigt seine Regierung



Am 28. November vervollständigte der Italienische Ministerpräsident Mario Monti seine Regierung durch die Ernennung weiterer Minister: Filippo Patroni Griffi wird neuer Minister des Öffentlichen Dienstes, ferner wurden 28 Vizeminister und Staatssekretäre ernannt. Das Kabinett umfasst nunmehr 18 Minister, 3 Vizeminister und 25 Staatssekretäre... [Fortsetzung](#)

Litauen :

Moldawien



Am 1. Dezember teilte die litauische Präsidentschaft der OSZE in Vilnius mit, dass durch die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Moldawien und der abtrünnigen Provinz Transnistrien, die vor 5 Jahren ausgesetzt worden waren, nunmehr Fortschritte auf dem Weg zu einer Einigung erreicht werden konnten. "Die Diskussion der Verhandlungsprinzipien und der Verhandlungsprozedur zur Fortführung der Verhandlungen, die in konstruktiver Atmosphäre stattfand, ist ein Sprungbrett für das Erreichen weiterer Fortschritte hinsichtlich einer Regelung für Transnistrien", gab der litauische Außenminister Audronius Azubalis in einer Mitteilung bekannt. "Es ist jetzt wichtig, die Dynamik aufrecht zu erhalten und mit den offiziellen Treffen fortzufahren, um zu einer endgültigen Lösung des Konflikts zu gelangen - das Ziel, das wir alle anstreben", fügte er hinzu. Die Verhandlungspartner vereinbarten, sich im Februar 2012 erneut zu treffen... [Fortsetzung](#)

Polen :

Überarbeitung der Verträge



Polen spricht sich für eine schnelle Änderung des Vertrags von Lissabon aus, um der Krise in der Eurozone entgegen zu wirken, wie der polnische Premierminister Donald Tusk am 1. Dezember erklärte. Polen hat die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union noch bis Ende des Jahres inne. Tusk erklärte, dass sich Polen "für eine schnelle Änderung der Europäischen Verträge [ausspricht], ohne lange sterile Verhandlungen". Polen hat eine Präferenz für eine Vertragsänderung in einem Rutsch, "im Vergleich zur Änderung verschiedener internationaler Abkommen innerhalb der Eurozone", fügte Tusk hinzu. Der polnische Premierminister sprach sich für eine Stärkung der EZB und der Europäischen Kommission aus, die in den modifizierten Verträgen festgehalten werden soll. "Die aktuelle Krise beweist, dass Europa eine wirkliche Zentralbank benötigt und dass sich die Handlungen der EZB und der Eurozone nicht auf das Eingreifen in Notfällen beschränken können"... [Fortsetzung](#)

Erhöhung des BIP



Auch im 3. Quartal gab es in Polen eine Wachstumszunahme um 1% im Vergleich zum vorherigen Quartal, nach saisonal bereinigten Zahlen; im Vergleich zum 3. Quartal 2010 verzeichnet Polen nach ersten Schätzungen, die am 30. November veröffentlicht wurden, ein Wachstum von 4,2%... [Fortsetzung](#)

OSZE :

Wahlbetrug in Russland



Nach einem am 5. Dezember von der OSZE veröffentlichten Bericht kam es während der Parlamentswahlen am 4. Dezember in Russland zu zahlreichen Unregelmäßigkeiten, unter anderem im Zusammenhang mit der Behandlung der Wahlurnen... [Fortsetzung](#)

UNO :

Laut IGH verletzt Griechenland seine Verpflichtungen

Der Internationale Gerichtshof (IGH) sprach am 5. Dezember sein



Urteil über die Anwendung einer Einigung von 1995, die zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Griechenland und Mazedonien führen sollte. Nach Meinung des Gerichts "verstößt die hellenische Republik gegen die Einigung vom 13. September 1995, indem sie sich gegen die Natomitgliedschaft der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedoniens richtet." Hintergrund des Widerstands gegen die Mitgliedschaft ist ein Namensstreit. Griechenland ist gegen die Bezeichnung "Mazedonien". Der Streit dauert seit der Unabhängigkeitserklärung Mazedoniens im Jahr 1991 an. Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien ist seit 2005 Beitrittskandidat zur Europäischen Union... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Inflationsrate bei 3%



Nach aktuellen Zahlen, die Eurostat am 30. November veröffentlichte, betrug die Inflationsrate in der Eurozone im November 2011 3%. Sie blieb damit im Vergleich zum Oktober unverändert... [Fortsetzung](#)

Arbeitslosenquote beträgt 10,3% in der Eurozone und 9,8% in der EU



Nach Berechnungen von Eurostat, die am 30. November veröffentlicht wurden, stieg die Arbeitslosenquote in der Europäischen Union und in der Eurozone von September auf Oktober um 0,1% an; im Vergleich zum Oktober 2010 liegt ein Anstieg von 0,2% vor, womit eine Quote von 9,8% und 10,3% erreicht wird. Insgesamt gibt es in den 27 Mitgliedsländern der Union somit mehr als 23 Millionen Arbeitslose, wovon über 16 Millionen den Ländern der Eurozone zuzurechnen sind. Die höchsten Arbeitslosenzahlen verzeichnen Spanien mit 22,8% und Griechenland mit 18,3% Arbeitslosigkeit... [Fortsetzung](#)

Eurobarometer :

Europäer beunruhigt über die Krise



Eine Umfrage von Eurobarometer zeigt, dass mehr als ein Drittel der berufstätigen Europäischen Bürger (35%) besorgt ist über einen möglichen Verlust des Arbeitsplatzes. Dieser Wert ist seit 2009 leicht angestiegen (+2%). 71% der Europäer sind pessimistisch in Bezug auf ein baldiges Ende der Wirtschaftskrise und 87% gehen davon aus, dass die Armut zunehmen wird (im Vergleich zu 2009). Trotz dieses negativen Klimas wird der Einfluss der Europäischen Union auf die Sozial- und Beschäftigungspolitik positiv gesehen: 52% bewerten sie bezüglich der Beschäftigungspolitik positiv und 51% bezüglich der Sozialpolitik. Die Arbeitsmarktpolitik wird von 70% der Befragten gut geheißen; 67% der Befragten bewerten die Aus- und Fortbildungsmaßnahmen als positiv; 59% schätzen die Hilfen bei der Unternehmensgründung und 58% die Schaffung von verbindlichen Regeln... [Fortsetzung](#)

Berichte / Studien :

Korruption



Transparency International veröffentlichte am 1. Dezember einen Bericht mit dem Titel "2011 - eine Governance-Krise". In ihrem Bericht konstatieren die Autoren eine Zunahme der Korruption in 183 Ländern. Italien mit einer Note von 3,9 von 10 (wobei 10 die höchste Korruptionsstufe darstellt) und Griechenland mit 3,4 landen auf Platz 69 und 80 des Rankings, während Frankreich und Deutschland auf Platz 25 und 14 landen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise, die die Eurozone erlebt, ist nach Meinung der Autoren größtenteils auf die "Unfähigkeit der öffentlichen Entscheidungsträger zurückzuführen, Korruption und Steuerflucht zu bekämpfen"... [Fortsetzung](#)

Windenergie

Die Europäische Agentur für Windenergie (EWEA) hat einen Bericht zur Offshore-Windenergie mit dem Titel "Wind in our Sails. The coming of



Europe's offshore wind engergy industry" veröffentlicht. Die Autoren sagen eine bedeutende Zunahme der Offshore-Windenergie bis zum Jahr 2030 voraus auf bis zu 562 TWh im Jahr, was 14% des europäischen Energiebedarfs im Jahr 2030 entspricht... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Casanova: Die Leidenschaft der Freiheit



Die Nationalbibliothek Frankreichs erwarb im Februar 2010 ein einzigartiges auf französisch geschriebenes Manuskript "Die Geschichte meines Lebens" von Giacomo Casanova (geboren in Venedig 1725, gestorben in Dux in Böhmen 1798). Zur Feier dieses Ereignisses widmet die Nationalbibliothek bis zum 19. Februar 2012 dem Leben und Werk Casanovas eine Ausstellung namens "Casanova, die Leidenschaft der Freiheit". Die Ausstellung ist in zehn Kapitel unterteilt (ebenso wie das Werk "Geschichte meines Lebens") und veranschaulicht anhand von 250 Ausstellungsstücken (Gravuren, Bilder, Skulpturen) den Lebensweg dieses außergewöhnlichen Abenteurers... [Fortsetzung](#)

Internationales Filmfestival der Menschenrechte



Zum 4. Mal findet in Wien das Internationale Filmfestival der Menschenrechte statt. In vier Wiener Kinos können bis zum 12. Dezember mehr als 80 Filme angesehen werden, darunter viele französische Produktionen und Coproduktionen. Debatten und Konferenzen zum Thema Menschenrechte finden während des gesamten Festivals statt... [Fortsetzung](#)

Bernardo Belloto



Der Palais Sarcinelli in Conegliano präsentiert bis zum 15. April 2012 eine Auswahl der schönsten Werke von Bellotto, Canaletto und Carlevaris. Die Ausstellung zeigt Höhepunkte der italienischen Malerei des 18. Jahrhunderts, die sich durch farbenprächtige Landschaftsmalerei auszeichnet. Die ausgestellten Werke ermöglichen eine Reise durch Europa und spektakuläre Blicke auf einige europäische Städte, mit verschiedenen architektonischen Edelsteinen, die in glänzendem Licht und in bunter Farbenvielfalt bewundert werden können... [Fortsetzung](#)

Preis des Europäischen Kinos



Der Preis für den besten Film des Europäischen Kinos 2011 ging am 3. Dezember an den Film "Melancholia" des dänischen Regisseurs Lars Von Trier. Der Preis wurde von der Europäischen Kinoagentur in Berlin überreicht... [Fortsetzung](#)

Agenda :



5. Dezember
Brüssel
Ratssitzung "Wettbewerb" und "Allgemeine Angelegenheiten"

Bonn
Internationale Afghanistankonferenz



8. Dezember
Frankfurt am Main
Sitzung des EZB-Rates



8. - 9. Dezember
Brüssel
Rat der Europäischen Union



12. - 15. Dezember
Straßburg
Sitzungswoche des Europäischen Parlaments



15.-16. Dezember
Brüssel
Ratssitzung "Landwirtschaft und Fischerei"

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Magali Balent, Pauline Massis Desmarest, Inga Groth, Charles de Marcilly, Pierre Thibaudat ;
Katrin Gebhard, Venise Ollivier, Jennifer Ruther, Julian Schorpp

Chefredakteur : Pauline Massis Desmarest
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge.
Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}